Nummer 48 — Stuttgart, 27. November 1915 — 33. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich **1 Mark.**
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: **Joh. Scherm.**
Schriftleitung und Versandstelle: **Stuttgart,** Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Gewerkschaften im Jahre 1914

Später als in früheren Jahren veröffentlichte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ihre jährliche Uebersicht über die deutschen Gewerkschaften. Der Krieg hat sich eben auch im Verwaltungswesen der Gewerkschaften bemerkbar gemacht. Allerdings hat wohl niemand früher gedacht, daß nach einem fünfzehnmonatigen mörderischen Kriege es in Deutschland überhaupt noch Gewerkschaften geben würde. Wenn es diesen zurzeit zwar nur in geringem Umfang möglich ist, ihrer Hauptaufgabe nachzugehen, der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, so haben sie sich nichtsdestoweniger als so gute Stützen des arbeitenden Volkes bewährt, daß sie schlechterdings nicht zu entbehren sind. In ähnlichem Sinne äußert sich auch der Berichterstatter der Generalkommission (Statistische Beilage des Korrespondenzblattes Nr. 4 vom 13. November). Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes:

„Den Gewerkschaften ist diese Anpassung in einem solchen Maße gelungen, daß wohl mit Recht behauptet werden kann, daß ihr Bestand gesichert ist und sie auch für die äußerst kritische Zeit, für die ersten Monate nach Kriegsbeendigung gerüstet sein werden. In den ersten Kriegsmonaten gestalteten sich die Dinge für einzelne Verbände recht bedenklich. Außerordentliche Maßnahmen ... waren erforderlich, die Krisis zu überwinden. Soweit die Aenderungen der Unterstützungseinrichtungen in Betracht kommen, konnten diese in den letzten Monaten wieder aufgehoben werden, so daß fast allgemein in den Verbänden die Unterstützungseinrichtungen Geltung haben, die Mitte des Jahres 1914 nach dem Statut vorgesehen waren. Da somit seit dem Vorjahre wesentliche Aenderungen auf diesem Gebiet nicht eingetreten sind, ist davon abgesehen worden, der diesjährigen Statistik die umfangreichen Tabellen über die Höhe, die Dauer und den Beginn des Bezuges der Unterstützungen einzufügen. Trotzdem ist das Tabellenwerk umfangreicher als je zuvor."

Da in das zweite Halbjahr des vorigen Jahres fünf volle Kriegsmonate fallen, so lag es nahe, neben den üblichen Jahresübersichten noch gesonderte Aufstellungen über die beiden Halbjahre zu machen. Wir erhalten dadurch eine Uebersicht über die Einwirkung des Krieges auf die Gewerkschaften, wenn auch nicht eine vollkommene, da in das zweite Halbjahr ja noch ein Friedensmonat fällt. Immerhin muß man diese Leistung anerkennen, zumal da sie mancher Gewerkschaft schwer genug gefallen sein mag. Bis zum Schlusse des Jahres waren allein 562 Gewerkschaftsangestellte zum Heeresdienst eingezogen. Zu der Zeit, wo die Zusammenstellungen für die Generalkommission gemacht werden mußten, hatte sich die Zahl wahrscheinlich verdoppelt. Wie groß die Zahl der nichtangestellten Gewerkschaftsbeamten war, die eingezogen worden waren, hat nicht in allen Gewerkschaften festgestellt werden können. Nicht immer konnte für diese Ersatz geschaffen werden. Vielfach übernahmen ihre Frauen die Arbeiten für die Gewerkschaft. Man hätte meinen sollen, daß diese Vorkommnisse endgültig mit dem Märchen aufgeräumt hätten, daß die gewerkschaftliche Organisation das Werk bezahlter Angestellter und Agitatoren ist. Trotzdem finden wir in Nr. 39 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung von 1915 die folgenden Sätze:

„Mit Entschiedenheit aber muß es die Arbeitgeberschaft abweisen, in allen diesen Fragen je mit Gewerkschaftsvertretern, denn das sind ganz im Gegensatz zu den Arbeitern die eigentlichen Repräsentanten der Sozialdemokratie, und sie leben meist nur von der Agitation und dem Gelde, das sie den Arbeitern aus den Taschen ziehen, gemeinschaftlich zu tagen, selbst wenn manche Regierungsbehörden die Hinzuziehung solcher Leute aus Unkenntnis des Milieus und der vitalen Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe einleiten sollten."

Es kennzeichnet das Unternehmerblatt hinreichend, daß es sich nicht schämt, auch in dieser Zeit solche Anschmutzereien zu wiederholen.

Als bei Kriegsausbruch das Wirtschaftsleben stockte, galt es nicht nur die Arbeitslosen zu unterstützen, sondern auch Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Von den Gewerkschaften wurde vorgeschlagen, mit den Unternehmervereinigungen Arbeitsgemeinschaften zu errichten, um die Aufrechterhaltung der Betriebe durch Verteilung der Aufträge oder Beschaffung neuer Aufträge zu sichern. Es sollte auch verhindert werden, daß die Tarifverträge einfach beseitigt wurden und neben dem Arbeitsmangel völlige Regellosigkeit in den Lohn- und Arbeitsbedingungen eintrat. Daß nicht alle Unternehmervereinigungen zur Errichtung von Arbeitsgemeinschaften bereit waren, daß besonders die Zentralstelle deutscher Arbeitgeberverbände einen Vorschlag der Generalkommission, trotz weiterer Anfrage bis heute unbeantwortet gelassen hat, ändert nichts daran, daß die Gewerkschaften ihrerseits alles versucht haben, das weiten Volkskreisen drohende Elend zu beheben oder doch zu mildern. Eine weitere Gefahr drohte dem deutschen Volke dadurch, daß der Kriegsausbruch in die Zeit der Erntearbeiten fiel und durch Einziehen der Landarbeiter zum Heeresdienst sowie durch den Abzug der ausländischen Arbeiter wegen Mangel an Arbeitskräften die Ernte auf dem Felde zugrunde gehen könnte. Es bedurfte nur einer Anregung und der gewerkschaftliche Organisationsapparat wurde zur Beschaffung von Erntearbeitern aus den Kreisen der beschäftigungslosen Industriearbeiter der Städte in Tätigkeit gesetzt. Daß hierbei auch Bedingungen gestellt wurden, durch die diese Arbeiter vor Willkür und Ausbeutung geschützt werden sollten, ist selbstverständlich. Sie dürften für die weitere Gestaltung des Arbeitsverhältnisses der Landarbeiter nach Kriegsschluß nicht ohne Einfluß sein.

Einige Gewerkschaften hielten sich, ohne daß das Organisationsstatut hierzu eine Handhabe bot, für verpflichtet, die Familien der Kriegsteilnehmer zu unterstützen. Weder diese noch die Arbeitslosenunterstützung würde der Not der Arbeitermassen vorgebeugt haben, wenn nicht verhindert werden konnte, daß gewissenlose Spekulanten die Not der Zeit ausnutzten, um die Nahrungsmittelpreise zu unerschwinglicher Höhe hinaufzutreiben. Hier waren die Gewerkschaften in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Partei seit Kriegsausbruch unablässig tätig. Eine „Eingabenpolitik", unterstützt durch mündliche Verhandlungen mit den maßgebenden Verwaltungsbehörden im Reich, in den Bundesstaaten und Gemeinden wurde betrieben. Ueber den Erfolg dieser Tätigkeit kann erst später berichtet werden.

Von nicht geringerer Bedeutung ist die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Diese wieder in geregelte dauernde Erwerbsarbeit zu bringen, sind die Gewerkschaften nach besten Kräften bemüht. Alle diese Leistungen und Arbeiten, die eine Folge des Krieges sind, werden durch Zahlen kaum zum Ausdruck gebracht werden können. Sie nehmen die Arbeitskraft der Gewerkschaften aber in ganz außerordentlicher Weise in Anspruch. Trotzdem gelang es, für die Gewerkschaftszählung die doppelte Arbeit zu leisten wie in gewöhnlichen Zeiten. Man kann wohl sagen, daß diese Feststellung den Beweis für die innere Festigkeit der Gewerkschaften liefert.

Der Umstand, daß 25 Jahre verstrichen sind, seit nach dem Falle des Sozialistengesetzes wieder eine Gewerkschaftsstatistik veranstaltet wurde, veranlaßt den Berichterstatter der Generalkommission zu einem kleinen geschichtlichen Rückblick, der recht lesenswert ist, den wir hier jedoch übergehen müssen.

Der Mitgliederstand.

Während im Jahre 1912 von Vierteljahr zu Vierteljahr sich eine Aufwärtsbewegung des Mitgliederbestandes zeigte, die auch bis Mitte des Jahres 1913 anhielt, trat in den letzten beiden Vierteljahren 1913 und im ersten Vierteljahr 1914 ein Mitgliederrückgang ein. Die Verbände hatten Mitglieder:

am Schlusse des	1912	1913	1914
1. Vierteljahres . .	2476407	2567692	2478861
2. „ . .	2533715	2576608	2482046
3. „ . .	2572624	2547209	1677494
4. „ . .	2559781	2498959	1485428

Im zweiten Vierteljahr 1914 hatten die Gewerkschaften also schon wieder ein wenig zugenommen. Nach Ausbruch des Weltkrieges verringerte sich die Mitgliederzahl um nahezu die Hälfte und ging im letzten Vierteljahr des Jahres 1914 um weitere 200 000 zurück. Der Verlust von 996 600 Mitgliedern ist nicht allein auf die Einziehung der Wehrfähigen zurückzuführen, denn diese werden bis zum Jahresschluß mit 746 551 angegeben. Es mag unter den Mitgliedern, die der Gewerkschaft nach Kriegsausbruch verloren gingen, noch eine beträchtliche Anzahl geben, die sich bei dem Eintritt in das Heer nicht abgemeldet haben. Doch ist sicher ein Mitgliederverlust zu verzeichnen, für den diese Annahme nicht zutrifft. Hier kommen andere Umstände für das Ausscheiden aus der Organisation in Frage. Der Schluß zahlreicher Betriebe nach Kriegsausbruch, die dann folgende wochenlange Arbeitslosigkeit, ungenügendes Vertrauen zum Verbande mag manche nicht völlig mit der Organisation Verbundene zum Abfall veranlaßt haben. Dazu kommt, daß einige Grenzbezirke Deutschlands von den Truppen der feindlichen Mächte besetzt wurden. Daß hier die Organisation vernichtet ist und, da diese Gebiete zum Teil den Schauplatz für die Kämpfe bildeten und noch bilden, nicht wieder aufgebaut werden konnte, ist selbstverständlich. Die Gewerkschaften hatten Ende 1913 11 707 Zweigvereine, am Schlusse des Jahres 1914 deren aber nur 10 980. Es waren 727 Zweigvereine eingegangen. Mit ihrem Verlust war auch der der ihnen angehörenden Mitglieder eingetreten, auch jener Mitglieder, die nicht zum Heeresdienst einberufen wurden. In anderen, nicht in den Grenzbezirken gelegenen Orten mögen örtliche Verhältnisse dahin gewirkt haben, daß Gewerkschaftsmitglieder dem Verband den Rücken kehrten. Immerhin ist, wenn man alle in Betracht kommenden Umstände berücksichtigt, der Mitgliederverlust nicht so bedeutend, wie bei Kriegsausbruch zu befürchten war. Bei einzelnen Verbänden ist der Mitgliederverlust (einschließlich der zum Heeresdienst Eingezogenen), wenn der Bestand des vierten Vierteljahres 1914 mit dem desselben Vierteljahrs von 1913 in Vergleich gestellt wird, ein recht bedeutender. So ist die Mitgliederzahl zurückgegangen bei den Metallarbeitern um 222 000, den Bauarbeitern 157 800, Transportarbeitern 106 400, Holzarbeitern 78 000, Fabrikarbeitern 77 900, Bergarbeitern 43 100, Textilarbeitern 36 100, Zimmerern 28 400, Malern 22 200, Buchdruckern 20 700 und Brauerei- und Mühlenarbeitern um 20 000. Solche Mitgliederverluste, die bei den Metallarbeitern fast die Summe der Mitglieder erreichen, die vor 25 Jahren sämtlichen Zentralverbänden angehörten, müßten den Bestand der Organisationen erschüttern, wenn diese nicht durch den innern Ausbau in den letzten beiden Jahrzehnten gefestigt worden wären. Allerdings, die Nachwirkung dieser Verluste wird sich erst in der Zeit nach Abschluß des Krieges zeigen. Dann werden die gewerkschaftlichen Organisationen eine noch größere Belastungsprobe ertragen müssen, als sie der Krieg ihnen brachte. Jedoch, blicken wir zurück auf den Entwicklungsgang unserer Gewerkschaften, so kann das Vertrauen zu ihnen auch für die kommende Zeit nicht erschüttert werden.

Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug am Ende des Jahres 1913 2 548 763 in 47 Verbänden, am Ende des ersten Halbjahres 1914 2 483 661 und am Ende des zweiten Halbjahres 1 645 181. Ferner berechnet der Berichterstatter einen Jahresdurchschnitt von 2 052 377 Mitgliedern. Im Jahre 1915 ist infolge der Einziehung zum Heeresdienst ein weiterer Rückgang eingetreten. Am 31. Juli 1915 wurden in den Verbänden nur noch 1 180 489 Mitglieder gezählt. Trotzdem dürfte keine Ursache zur Besorgnis für den gesicherten Bestand der Organisationen gegeben sein.

Dasselbe gilt bezüglich der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften. Mit jedem Monat der Kriegsdauer ist die Zahl der Arbeiterinnen, die in Industrie, Handel und Verkehr Beschäftigung fanden, gewachsen. Folgerichtig hätte auch die Zahl der weiblichen Mitglieder wachsen müssen. Diese Annahme hat sich leider als irrig erwiesen. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder ist zurückgegangen. 1913 waren 223 676 = 8,8 Hundertstel weibliche Mitglieder vorhanden, 1914 nur 203 648 = 9,9 Hundertstel. Für den Verlust der 20 000 weiblichen Mitglieder gelten zunächst die gleichen Gründe, die für den Mitgliederverlust in Frage kommen, soweit er nicht durch Einberufung zum Heere eingetreten ist. Dieser Rückschlag darf uns jedoch keinesfalls mißmutig machen. Im Gegenteil. Die gesteigerte Erwerbstätigkeit, das Eindringen der Frauen in Berufe, die ihnen bisher verschlossen waren, muß die Anstrengung, die Arbeiterinnen zu organisieren, verstärken. Die Erwerbsarbeit der Frau hört auf nachteilig auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuwirken, wenn die Arbeiterinnen organisiert sind.

Das Geldwesen.

Im ersten Halbjahr betrug die Einnahme an Beiträgen 37 717 301 ℳ, von jedem Mitglied 15,18 ℳ, im zweiten Halbjahr jedoch nur 27 519 395 ℳ, von jedem Mitglied jedoch 16,73 ℳ. Diese Berechnung zeigt, daß die Jahresdurchschnittsberechnungen keine Uebersicht über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen im Jahre 1914 geben. Für Arbeitslosenunterstützung wurden im ersten Halbjahr 7 754 382 ℳ ausgegeben, für jedes Mitglied 3,12 ℳ, im zweiten Halbjahr 15 920 096 ℳ, auf das Mitglied 9,68 ℳ. Die letztere Durchschnittszahl zeigt aber nicht vollständig die Belastung einzelner Verbände durch Gewährung der Arbeitslosenunterstützung im zweiten Halbjahr. Es zahlten im Durchschnitt mehr als 15 ℳ an Arbeitslosenunterstützung: Xylographen 48,57 ℳ, Buchdrucker 45,24 ℳ, Bildhauer 33,26 ℳ, Hutmacher 30,55 ℳ, Holzarbeiter 25,17 ℳ, Lithographen 20,96 ℳ, Glasarbeiter 20,76 ℳ, Buchbinder 19,06 ℳ, Zimmerer 18,44 ℳ, Metallarbeiter 17,17 ℳ, Tapezierer 17,01 ℳ, Sattler 16,20 ℳ. Diese Verbände hatten Anforderungen zu erfüllen, die bedenklich erscheinen würden, könnte man nicht mit dem gesunden Sinn der organisierten Arbeiterschaft rechnen. Daß diese gewillt ist, auch ihre Gewerkschaften durchzuhalten, zeigt der Umstand, daß das Vermögen der Verbände, trotz der gewaltigen Ausgabe, sich nur um rund 7 Millionen Mark im Jahre 1914 verringert hat. Zum Teil ist diese verhältnismäßig günstige Lage der Gewerkschaften darauf zurückzuführen, daß mit Kriegsbeginn Unterstützung bei Angriffstreiks nicht mehr gewährt wurde. Während im Jahre 1913 für Streiks und Aussperrungen 16 079 254 ℳ ausgegeben wurden, betrug die Ausgabe hierfür im Jahre 1914 nur 5 217 641 ℳ. Von diesen entfallen auf das erste Halbjahr 4 004 765 ℳ, auf das zweite 1 126 927 ℳ. Bei der letzteren Summe ist zu berücksichtigen, daß der Juli 1914 zwar noch in die Weltfriedenszeit fiel, die wirtschaftlichen Kämpfe jedoch in gleicher Weise zu führen waren, wie in dem ersten Halbjahr 1914 und in den früheren Jahren. Wie durch die demnächst zur Veröffentlichung kommende Streikstatistik erwiesen werden wird, waren organisierte Angriffstreiks nach Kriegsausbruch nicht mehr zu verzeichnen. Die Ausgaben, die für Streiks im zweiten Halbjahr 1914 angegeben sind, stammen fast ausschließlich aus der Zeit vor dem 1. August. Sie sind erst später von den Zweigvereinen der Verbände verrechnet worden.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die christlichen Verbände

unterlagen in gleicher Weise den Wirkungen des Krieges. Die Mitgliederzahl der Gewerkvereine ging von 106 618 im Jahre 1913 auf 77 749 im Jahre 1914 zurück. Im allgemeinen zeigen die Ausgaben der Gewerkvereine eine ähnliche Verschiebung wie die der Gewerkschaften.

Der Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften ging 1914 von 342 785 auf 282 744 zurück. Auch in diesen Vereinigungen ist eine bedeutende Erhöhung der Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung und Verringerung der für Streiks zu verzeichnen.

Eine wesentliche Veränderung in dem Verhältnis der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zu denen der Gewerkvereine und der christlichen Gewerkschaften ist auch im Jahre 1914 nicht eingetreten. Soweit die Ausgabe für Unterstützungen in Betracht kommt, hat sich im Jahre 1914 das Verhältnis noch mehr zugunsten der Gewerkschaften verschoben.

Es verausgabten 1914:

Für Streikende und Gemaßregelte:

	Mitglieder	im ganzen ℳ	auf das Mitglied ℳ
Gewerkschaften	2052377	6061485	2,95
Gewerkvereine	77749	189923	2,44
Christliche Gewerkschaften	282744	337874	1,19

Für sonstige Unterstützungen einschl. Rechtschutz:

	Mitglieder	im ganzen ℳ	auf das Mitglied ℳ
Gewerkschaften	2052377	48101811	23,44
Gewerkvereine	77749	610166	7,85
Christliche Gewerkschaften	282744	6402670	8,50

Für Reise- und Arbeitslosenunterstützung:

	Mitglieder	im ganzen ℳ	auf das Mitglied ℳ
Gewerkschaften	2052377	24721796	12,05
Gewerkvereine	68538	510588	8,04
Christliche Gewerkschaften	205866	875628	4,25

Im Jahre 1913 verausgabten für Reise- und Arbeitslosenunterstützung die drei Gewerkschaftsgruppen für das einzelne Mitglied 5,12 ℳ, 3,81 ℳ und 1,24 ℳ. So hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, auch während der Kriegszeit die Ueberlegenheit der Gewerkschaften über alle anderen Gewerkschaftsgruppen gezeigt.

Zu den genannten Gewerkschaftsgruppen kommen noch die unabhängigen Vereine, eine Gruppe der verschiedenartigsten Organisationen, die keinen Zusammenhang haben. Ueber diese wird im Statistischen Jahrbuch berichtet, doch liegt der Bericht stets ein Jahr zurück. Im Jahre 1913 betrug die Mitgliederzahl dieser Vereine 318 508. Rechnen wir diese Zahlen und die für 1912 (298 185) zu den vorgenannten Mitgliederzahlen der drei Gewerkschaftsgruppen, so ergibt sich für 1913 eine Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland von 3 296 351 und für 1914 2 731 378.

Es soll davon abgesehen werden, schon jetzt über die Gestaltung der Gewerkschaften nach Kriegsschluß, über das Zusammenarbeiten der verschiedenen Richtungen, die Wirkung der Beseitigung des Vereinigungsverbots für die Eisenbahner, den Einfluß einer veränderten Haltung der Staatsverwaltungen gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen Betrachtungen anzustellen. Zunächst kommt es darauf an, dafür zu sorgen, daß die aus dem Felde zurückkehrenden Gewerkschaftsmitglieder ihre Organisation so kräftig finden, daß sie ihnen Schutz und Hilfe zu gewähren vermag.

Der Krieg und die Unternehmerverbände

In zahllosen Zeitungsartikeln und Schriften ist die Frage behandelt worden, welchen Einfluß der Krieg auf die Arbeiterorganisationen ausüben werde. Verhältnismäßig wenig aber war bisher davon die Rede, wie der Krieg auf die Grundstellung der Unternehmerverbände einwirken wird. Sehr willkommen ist daher eine Abhandlung über „Die Unternehmerorganisationen im Kriege" im Septemberheft des Jafféschen Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, von der auch ein Sonderabdruck herausgegeben wurde.

Ueber die äußeren Einflüsse des Krieges auf die Unternehmerorganisationen erfährt man auch aus dieser sehr fleißig und vor allem sachlich bearbeiteten Uebersicht nicht viel. Die Organe der Unternehmerverbände haben es im Kriegsjahr noch weniger als sonst für notwendig gefunden, von ihren Geschäftsergebnissen etwas Wesentliches zu berichten. Dem zweiten Sonderheft des Reichsarbeitsblattes hat man entnehmen können, daß im Jahre 1914 vor Beginn des Krieges 3670 Arbeitgeberverbände gezählt wurden (gegen 3431 im Jahre 1913), von denen 121 (111) Reichs-, 509 (511) Landes- oder Bezirks- und 3040 (2809) Ortsverbände waren. Die Zahl der Mitglieder betrug 167 673 (145 207) mit 4 841 217 (4 641 316) beschäftigten Arbeitern. Wie sich diese Zahlen während des Krieges gestaltet haben, ist noch nicht bekannt. Naturgemäß sind sie keinen so großen Veränderungen unterworfen wie die Zahlen der Arbeiterorganisationen.

Für die Unternehmerverbände bedeutet der Krieg eine Ruhepause. Mit ziemlich unverändertem Mitgliederstand, Vermögen und unveränderter Organisationstätigkeit werden sie in die Zeit des Friedens eintreten und schon dadurch wird sich, wie die Abhandlung darlegt, ihre Stellung gegenüber den Gewerkschaften selbsttätig verbessern. Während die Gewerkschaften genötigt sind, die verfügbaren Mittel ihren unterstützungsbedürftigen Mitgliedern und deren Angehörigen zuzuführen, stellen die Unternehmer an ihre Organisationen während des Krieges nur geringe finanzielle Anforderungen. Namentlich die Beiträge für die Streikentschädigungsgesellschaften werden bei dem nahezu vollständigen Ruhen der wirtschaftlichen Kämpfe nicht in Anspruch genommen. Nur der Allgemeine deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat seine Streikentschädigungskasse in eine Kriegsunterstützungskasse umgewandelt. Die Beteiligung der Unternehmerverbände an den Vorarbeiten für die Sicherung der Beschäftigung von Kriegsinvaliden, die Errichtung von Arbeitsgemeinschaften zur Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitsbedingungen, die soziale Fürsorge für die arbeitslos gewordenen oder zum Heeresdienst einberufenen Arbeiter, die lückenhaft genug ausfiel, ändert nichts am Wesen der Unternehmerverbände. Keinesfalls darf man in diesen Erscheinungen Ansätze zu einer Entwicklung erblicken, in welcher sich das Arbeitsverhältnis wieder in patriarchalischer Richtung ausgestalten würde. Im Gegenteil: Der Interessenwiderstreit zwischen Unternehmer und Arbeiter wird an Schärfe zunehmen.

Zum Vorteil gereicht es den Unternehmerverbänden, daß die Neigung zur Kartellierung durch die zahlreichen Organisationen für Kriegslieferungen verstärkt worden ist. Nahezu die ganze Industrie wird beherrscht durch Gesellschaften, die teilweise unter Mitwirkung behördlicher Stellen zustande kamen, weil diese bei Vergebung von Aufträgen lieber mit Organisationen als mit einzelnen Unternehmern arbeiten. Die so geschaffenen Vereinigungen entwickeln sich zu Verbänden, die die Tätigkeit von Unternehmerorganisationen ausüben und besonders Lohnforderungen der Arbeiter entgegentreten. Den Einfluß der in dieser Weise gestärkten Unternehmerverbände werden die Arbeiter zu spüren bekommen, wenn die große Preisrevolution, die der Krieg gebracht hat, ihre Wirkung auf das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter erstreckt wird. Dann erwächst für die zurückflutende Arbeiterschaft die Aufgabe, die Lohnhöhe mit dem neuen Preisstand, der mit geringen Senkungen bestehen bleiben dürfte, in Einklang zu bringen. Schon in der Kriegszeit sind die Unternehmerzeitungen ängstlich bei dem Gedanken, daß die Lohnerhöhungen in den Heereslieferungsbetrieben von Dauer sein könnten. So wandte sich die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung gegen Lohnerhöhungen in der Militärexplosivstoffindustrie mit dem Erfolg, daß die Heeresverwaltung neugegründete Betriebe, die mit erhöhten Löhnen gelernte Arbeiter anzuziehen suchten, wegen unlauteren Wettbewerbs von Lieferungen auszuschließen drohte. Der Kriegsledermaßnahmenverband beschloß, daß mehr als 30 Prozent Zuschlag zu den Löhnen vor dem Kriege nicht bezahlt werden dürfe und stellte für Verstöße gegen diesen Beschluß Strafe und Ausschluß in Aussicht. Auch gegen Lohnsteigerungen in der Landwirtschaft, von denen bisher noch recht wenig bekannt geworden ist, nahm die Arbeitgeber-Zeitung Stellung, indem sie die Behörden ermahnte, eine solche „ungesunde" Entwicklung zu hemmen und dafür Sorge zu tragen, „daß die Bäume der Lohnerhöhung nicht in den Himmel wachsen".

Die Schlußfolgerungen, die in der Abhandlung aus diesen Erscheinungen gezogen werden, decken sich mit der in der Arbeiterpresse oft ausgesprochenen Ueberzeugung, daß die Auseinandersetzung um die Verteilung des Gewinnertrags nach dem Kriege eine außerordentlich heftige sein wird. Das Kräfteverhältnis dürfte sich dann, heißt es weiter, wesentlich zungunsten der Arbeiter verschoben haben. Da die grundsätzliche Haltung der Unternehmer zu sozialpolitischen Fragen sich nicht geändert hat und auch während des Krieges eine Machtverschiebung an wichtigen Punkten stattfindet (Schwächung der Arbeiterverbände an Mitgliedern und Finanzkraft, Stärkung der Unternehmerverbände durch Erholung und Ausbau), kann der Ernst der Lage für die Arbeiterschaft nach dem Kriege nicht bezweifelt werden.

Zur Erhärtung dieser Auffassung verweist die Abhandlung auf die ablehnende Haltung der Unternehmerverbände in zwei Fragen, die während des Krieges an Bedeutung gewonnen haben: die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung. In bezug auf die sozialpolitische Entwicklung im allgemeinen wird in den führenden Unternehmerkreisen die gemäßigte Ansicht eifrig mit Eifer verfochten, die sozialpolitische Fürsorge verweichliche nur das Volk und lähme seine Energie. Schon jetzt protestieren die Unternehmerorgane dagegen, daß aus den Opfern irgend eines Standes oder einer Klasse im Kriege der Anspruch auf Berücksichtigung in der Gesetzgebung gefolgert werde. Die Unmöglichkeit, größere soziale Lasten zu tragen, wird wieder einmal unterstrichen. Mit größerer Schärfe noch als die Arbeitgeber-Zeitung soll offenbar das in Hamburg neu erscheinende Organ Recht und Arbeit diesen Standpunkt vertreten, das sich gegen „überstürzten Lärm und überspannte Bedürfnisse" (natürlich der Arbeiter) wendet und von den sozialen Reformen sagt, sie hätten zur Sorglosigkeit geführt.

Um die Zähigkeit zur rücksichtslosen Bekämpfung der Arbeiterziele, wird der Krieg von der Unternehmerpresse rein politisch statt wirtschaftlich zu erklären versucht. Die ökonomischen Angelegenheiten sind daher nur Stoff, nicht Ursache und Zielpunkt des Krieges. Mit der Behauptung, daß der Kampf um den Weltmarkt in diesem Kriege die erste Rolle spielt, würde ja auch die Belastung des Unternehmergewinns mit Kriegssteuern und erhöhten Löhnen nur erleichtert. Die Unternehmerpresse redet daher von der Heraufgewinnung des „inneren Deutschtums", des „deutschen Geistes" durch den Krieg. Wie den wirtschaftlichen, soll auch den politischen Ansprüchen der Arbeiter damit vorgebeugt werden. Die Arbeitgeber-Zeitung gewinnt „aus der ernsten Schule des Krieges die stärksten Argumente gegen weitere Demokratisierung unseres Staatswesens". — Genug mit diesen Stichproben.

Das Bild, das der Aufsatz in Jaffés Archiv entwirft, überrascht uns nicht. Wir wissen, daß der Krieg die Klassengegensätze eher vertieft als beseitigt. Die dialektischen Künste der Unternehmerpresse bestärken uns nur in dieser Auffassung. Wir stützen unsere Zukunftshoffnungen nur auf unsere eigene Kraft und erhoffen trotz alledem eine „Neuorientierung". Die Scharfmacher freilich werden sich nicht neuorientieren, und wenn doch, so nur im rückschrittlichen Sinne. Hunderttausende Bedrückte und Ausgebeutete aber werden sich neu orientieren. Nachdem ein Berg von Vorurteilen abgetragen und die Scheuklappen bei unzähligen Klassengenossen gefallen sind, werden die in unsere Reihen gerissenen Lücken bald wieder ausgefüllt sein. Die wachsende Kraft der Arbeiterbewegung wird sich alsdann die wirtschaftliche und politische Stellung zu erkämpfen wissen, auf die die Volksklasse begründeten Anspruch hat, ohne deren Opfer das deutsche Volk zerschmettert worden wäre.

Unser Verband in der 66. Kriegswoche

Das Ergebnis unserer Erhebung über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 66. Kriegswoche wird in nachstehender Übersicht dargestellt. Von den Verwaltungstellen Körlin, Neustrelitz, Neustadt i. S., Berka, Göttingen, Gräfenthal, Ilmenau, Schönebeck, Stendal, Tangermünde, Cuxhaven, Uetersen, Erbach, Friedrichshafen, Lörrach, Zweibrücken, Lindau sind hierzu, trotz wiederholter Mahnung, keine Berichte eingegangen.

Übersicht über die Zeit vom 31. Oktober bis 6. Nov. 1915.

Bezirk	Verwaltungstellen haben berichtet	nicht berichtet	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche*	Mitgliederabgang überhaupt	Davon zum Heer eingezogen	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung M
1.	34	2	6082	94	70	5988	10	0,2	44
2.	24	—	5443	81	55	5362	9	0,2	110
3.	32	—	7581	105	75	7476	44	0,6	166
4.	53	1	37394	669	503	36725	196	0,5	910
5.	76	7	29855	499	384	29356	90	1,3	498
6.	41	2	30628	460	310	30168	38	0,2	313
7.	39	—	24095	364	252	23731	49	0,2	395
8.	27	1	11056	218	174	10838	30	0,3	154
9.	49	3	18555	264	183	18291	1144	6,2	946
10.	41	1	20711	234	144	20477	308	1,5	1298
11.	1	—	55148	588	588	54560	401	0,7	1092
Zus.	417	17	246548	3576	2738	242972	2319	1,0	5926

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugereisten und Neuaufgenommenen.

Die Zahl der krank Gemeldeten beträgt am Schlusse der Berichtswoche 3152. An Krankenunterstützung gelangten in der Berichtswoche 11 186 M zur Auszahlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 28. November der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. November bis 4. Dezember 1915 fällig ist.

*

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle **Göppingen** ab 1. Januar 1916 für die II. Beitragsklasse 10 ₰ und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 ₰ pro Woche.

Der Verwaltungsstelle **Harburg a. E.** ab 1. Januar 1916 für erwachsene männliche Mitglieder 20 ₰, für erwachsene männliche Mitglieder der neuen Klasse 10 ₰ und für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 ₰ pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

*

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Das nachfolgend genannte Mitglied wird aufgefordert, sich wegen der gegen ihn beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Delmenhorst:**

Der Former Viktor Schejka, geboren am 18. Nov. 1871 zu Vorsigwerk, Buch-Nr. 1,358 121, wegen Markenmanipulationen.

*

Auf die in Nr. 45 der Metallarbeiter-Zeitung enthaltene Bekanntmachung über die Bestellung von zweiten u. s. w. Mitgliedsbüchern machen wir nochmals aufmerksam und ersuchen um deren genaue Beachtung.

*

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den **„Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16a"** zu adressieren. **Geldsendungen** adressiert man nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16a;** auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. **Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.**

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Berichte

Metallarbeiter.

Essen (Ruhr). Für ein kapitalistisches Unternehmen gehört zweifellos sehr viel Selbstüberwindung dazu, wenn es entsagungsvoll auf die Hälfte des erzielten Ueberschusses verzichtet, wie es die Firma Krupp mit ihrem Gewinn für 1914/15 getan hat. (Siehe Nr. 47 Seite 199.) Das ist nicht jedermanns Sache, namentlich dann nicht, wenn es sich um große Summen handelt. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob die Stiftungen der Firma Krupp nicht etwa auch politischen Erwägungen entspringen. Wenn es sich für die Firma Krupp neben einem patriotischen Opfer aber um ein Beispiel dafür handeln sollte, wie das dem Unternehmen zugrunde gelegte Leitwort: „Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein," beachtet wird, dann läßt sich über den Geschäftsbericht auch noch manches kritische Wort sagen. Wir haben uns bei der Firma Krupp, diesem größten Fabrikunternehmen der Welt, an Riesenzahlen gewöhnt; die bedeutende Gesamtsumme der Millionenstiftungen und Wohlfahrtsausgaben darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch noch viel Elend unter den Kruppschen Arbeitern und Arbeiterinnen gibt. Wohl haben die Verdienste während der Kriegszeit eine Steigerung erfahren. Mit dieser Steigerung ist aber auch eine Ausnutzung der Betriebsmittel verbunden und vor allen Dingen auch der menschlichen Arbeitskraft, die auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, ohne daß die schwersten Schäden für die Gesundheit der Arbeiterschaft eintreten. Auf die gesteigerte Ausnutzung von Betriebsmitteln und Arbeitskraft ist nicht zuletzt der große Ueberschuß zurückzuführen. Und wir erinnern daran, wie schwer die armen Arbeiterinnen zu ringen haben, die in den Zünderbetrieben bei Stundenlöhnen von 24 bis 34 ₰ beschäftigt werden. Diesen ist es bei einer Prämie, die nur 30 Prozent der den Männern gewährten beträgt, kaum möglich, einen monatlichen Verdienst von 75 M zu erzielen, obwohl sie Leistungen vollbringen, die denen ihrer männlichen Kollegen keineswegs nachstehen. Auf dem Gebiet der Lohnfrage, der Überstunden- und Nachtarbeit ließe sich noch viel Gutes schaffen. Die Direktion der Gußstahlfabrik lehnt es ab, Zuschläge für Ueberstunden- und Nachtarbeit zu zahlen. Sie weiß es genau so wie die Arbeiter, daß die Wechselschicht den davon Betroffenen höhere Unkosten für Ernährung und Wohnung auferlegt. Trotzdem lehnt sie die Anträge der Arbeiter nicht aus finanziellen, sondern aus Gründen der Solidarität gegen die Hüttenbetriebe ab. Bei voller Würdigung des dargebrachten Opfers hegen wir den lebhaften Wunsch, daß wir bei dem nächstjährigen Geschäftsabschluß davon reden können, daß der Arbeiterschaft mehr als bisher ihr Recht geworden ist.

Wittenberge (Bezirk Potsdam). Der größte Betrieb der Metallindustrie am hiesigen Orte, The Singer Manufacturing Company (Nähmaschinenfabrik), gehört zu den Unternehmungen in der Metallindustrie Deutschlands, die bei Ausbruch des Krieges infolge Aufhören oder Unterbindung der Ausfuhr einen schweren Schlag erlitten. Während nun eine Anzahl dieser Firmen sofort eine Umgruppierung ihrer Betriebseinrichtungen vornahmen, um Heeresbedarfsgegenstände herstellen zu können, tat dies die Firma Singer nicht. Wie weit das Verhalten der Firma darauf zurückzuführen ist, daß es sich um ein amerikanisches Unternehmen handelt, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Firma arbeitete nur insofern mittelbar für den Heeresbedarf, indem sie einzelne Teile für solche Maschinen herstellte, die für Anfertigung von Heeresbedarfsgegenständen in Betracht kamen, zum Beispiel Schneider-, Schuhmacher- und Sattlermaschinen. Dies traf jedoch nur für einige Abteilungen des Betriebes zu. Für diese Art von Gegenständen kamen auch nur vorwiegend geschulte Arbeitskräfte in Frage. Da in den Betrieben der Metallindustrie, wo vorwiegend für den Heeresbedarf gearbeitet wurde, die Löhne für gute Arbeiter stiegen, reisten die tüchtigsten Leute nach anderen Orten ab. Die Firma sah sich nunmehr veranlaßt, ihren geschulten Arbeitern und auch den angelernten höhere Löhne als früher zu zahlen. Vor Ausbruch des Krieges wurden Schlosser mit 45 ₰, Dreher und Werkzeugmacher gewöhnlich mit 55 ₰ Stundenlohn eingestellt. Der Höchstlohn betrug für erstere 65, für letztere 75 ₰ und wurde erst nach längerer Beschäftigungsdauer erreicht. So war es hier gang und gäbe, daß die nichtgelernten Arbeitskräfte, die im Akkord beschäftigt wurden, fast durchweg höhere Verdienste erzielten als die gelernten Arbeiter. An tüchtigen gelernten Arbeitern mangelte es der Firma angesichts der geringen Entlohnung schon immer. Wenn die hohen Summen, die die Firma schon in Friedenszeiten für Anzeigen auswarf, zur Aufbesserung der Lohnsätze Verwendung gefunden hätten, wäre dieser Uebelstand bald behoben gewesen. Nach Ausbruch des Krieges ließ die Firma wieder im ganzen Reiche Anzeigen los, worin sie Höchstlöhne von 55 bis 85 ₰ in Aussicht stellte. Wenn nun ein auswärtiger Kollege sich bereit erklärte, für 85 ₰ bei der Firma in Arbeit treten zu wollen, dann kam der Pferdefuß zum Vorschein, indem man erklärte, sich erst von der Leistungsfähigkeit des Betreffenden überzeugen zu wollen, denn 85 ₰ sei der Lohnsatz für Vorarbeiter, wozu auch er (der Arbeitsuchende) ernannt werden könne, falls er sich dazu eigne. Den Kollegen unseres Verbandes, die sich — wie sich das gehört — vorher bei unserer Ortsverwaltung erkundigten, mußte nach den gemachten Erfahrungen der Rat erteilt werden, ja recht vorsichtig zu sein und sich nicht etwa auf die Ankündigungen und Versprechungen in den Anzeigen zu verlassen. Fast alle die Kollegen, die auf guten Glauben kamen, zogen innerhalb einer kurzen Zeit (gewöhnlich nach der ersten Lohnzahlung) enttäuscht ab. Am meisten enttäuscht waren gewöhnlich die Former, weil sie noch nie in ihrem Leben ein so sinnloses Drauflosschuften kennen gelernt hatten, wie es hier in der Gießerei der Firma Singer zutage trat. Die Firma besorgte sich dann kriegsgefangene gelernte Arbeitskräfte, ungefähr 40 Mann, und ließ sich außerdem noch ungefähr 150 Mann in Polen anwerben. Letztere wurden auf drei Monate verpflichtet. Diese Leute behaupten nun, daß Löhne von 65 bis 85 ₰ bei der Werbung in Aussicht gestellt worden seien, während sie nach Aufnahme ihrer Tätigkeit nur 45 ₰ erhielten, mit Ausnahme einiger besonders geschickter Arbeiter, die Löhne bis zu 65 ₰ die Stunde erhalten. Vom Verdienst wird den Verheirateten gewöhnlich ein Drittel für die in Polen zurückgebliebenen Familien abgezogen, so daß den Arbeitern mit 45 ₰ Stundenlohn bei 56stündiger Arbeitszeit die Woche recht wenig zum Lebensunterhalt übrigbleibt. Einige Polen, die sich weigerten, die ihnen übertragenen Arbeiten zu vollführen, weil es nach ihrer Ansicht keine ins Fach einschlagende Arbeit gewesen sein soll, wurden in Polizeigewahrsam genommen. Ein katholischer Priester nahm Rücksprache mit den Eingesperrten und brachte sie wieder zur Firma zurück, wo sie wiederum die zugewiesene Arbeit verweigert haben sollen und nunmehr von der Stadt in Gemeinschaft mit den bei Ausbruch des Krieges aufgegriffenen Polen und Russen mit Erdarbeiten beschäftigt werden. Daß man den bedauernswerten Leuten bei der Werbung in Warschau, Lodz und Kalisch hohe Löhne geboten hat, zeigt nachstehender Lockruf, der in deutscher und polnischer Sprache erschienen ist: „Bekanntmachung. Nach Deutschland werden bei hohem Lohn und freier Reise gesucht: Schlosser, Schmiede, Eisendreher, Former, Gießer, Maschinisten, Heizer, Maurer, Handlanger, Tischler, Zimmerleute sowie ungelernte Arbeiter — ausschließlich Juden — für den Bergbau, Eisenbahnarbeiten, Bauten, Ziegeleien, Eisen- und chemische Fabriken usw. Die tägliche Arbeitszeit dauert 8 bis 10 Stunden und beträgt der Tagesverdienst bei ungelernten Arbeitern 4 bis 7 M, bei gelernten bis 12 M. Für die rheinisch-westfälischen Gruben werden auch Deutsche mit Familien angenommen, deren männliche Mitglieder über 16 Jahre Grubenarbeit leisten; die Familien erhalten gegen geringe Miete Wohnungen in den Arbeiterkolonien. Tagesverdienst anfangs 4 bis 5 M, später bis 7 M und mehr. Die Familien können dauernd in Deutschland bleiben. Außer Industriearbeitern können sich auch Leute für die Landwirtschaft melden, und zwar Mäher, Aufrafferinnen sowie einzelne Mädchen und Burschen. Nähere Auskunft erteilt täglich das Arbeitsamt der deutschen Arbeiterzentrale in Kalisch am Bernhardinerkloster, Stawischiner Straße." — Bemerkt sei noch, daß die Gesamtzahl der Beschäftigten bei Ausbruch des Krieges 2054 betrug. Sie sank bis 31. Dezember 1914 auf 720 und ging schließlich im ersten Vierteljahr 1915 auf annähernd 800 hinauf, um dann wieder unter 700 im zweiten Vierteljahr zu sinken. Die Zahl der Beschäftigten beträgt jetzt reichlich 1000, darunter ungefähr etwa 400 weibliche, während von letzteren am 1. Juli ungefähr 200 zu verzeichnen waren. Wie aus vorstehenden Zahlen ersichtlich, ist die Geschäftslage während der zweiten Jahreshälfte gegen die der ersten besser geworden. Ein leises Abflauen macht sich jedoch schon wieder bemerkbar. In den ersten fünf Kriegsmonaten haben Hunderte von Beschäftigten nur 4 und 5 Stunden den Tag arbeiten können. Einige Abteilungen hatten auch in diesem Jahre noch unter verkürzter Arbeitszeit zu leiden. Zahlreiche weibliche Arbeitskräfte leisten heute Arbeiten, die früher von männlichen Personen ausgeführt wurden. Nach Beendigung des Krieges wird die Arbeiterschaft dieses Betriebes ihre ganze Kraft aufbieten müssen, um endlich einmal ein Mitbestimmungsrecht in bezug auf Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, was bisher infolge ungenügender Organisation unterbleiben mußte.

Rohrleger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für Oktober 1915.

Berufe	Arbeitslos waren am 1. Oktober 1915	Arbeitslos gemeldet haben sich vom 1. bis 31. Okt. 1915	In Arbeit wurden vermittelt vom 1. bis 31. Okt. 1915	Arbeitslos waren noch am 31. Oktober 1915
Gas- u. Wasser-Rohrleger	—	74	74	—
Helfer	1	198	167	2
Heizungs-Monteure . .	—	12	9	—
Helfer	—	64	53	—
Zusammen	1	348	303	2

Werftarbeiter.

Bremen. In Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung teilten wir mit, daß die hiesigen Werften eine allgemeine Zulage für sämtliche Arbeiter zu gewähren abgelehnt haben. Sie bewilligten gruppenweise Zulagen von 1, 2 und 3 ₰ die Stunde. Da diese Zulagen keinen Ausgleich für die eingetretene Teuerung darstellten, wurden erneute Versuche, weitere Zulagen zu erhalten, unternommen. Die Vertrauensleute der freien Gewerkschaften kamen wiederholt zusammen, um die weiteren Schritte zu beraten. Die Arbeiter wählten im Juli eine Kommission, die mit der Direktion weiter verhandeln sollte. Die Kommission hatte nur einige Vorbesprechungen, zur wirklichen Verhandlung mit der Direktion kam es nicht. Am 16. August erhielt dann die Kommission der Arbeiter der Aktiengesellschaft „Weser" ein längeres Schreiben, worin mitgeteilt wurde, daß die Gewährung einer Teuerungszulage an alle Arbeiter für die Dauer des Krieges aus verschiedenen Gründen nicht gewährt werden könnte. Die Direktion der Weserwerft begründete ihren Standpunkt in längeren Ausführungen. Auch teilte sie mit, daß der Verein der Schiffswerften und andere große Betriebe sich veranlaßt gesehen hätten, eine allgemeine Teuerungszulage abzulehnen und daß nach dem Verlaufe der mit den Arbeitervertretern geführten Verhandlungen eine erneute Erörterung der Frage keinen Zweck habe. Trotz dieses ablehnenden Bescheides beauftragten die Arbeiter die Vorstände der freien Gewerkschaften, erneut an die Direktion der Werften heranzutreten. Die Vorstände richteten am 1. September ein Schreiben an die Direktion der Weserwerft, eine allgemeine Teuerungszulage zu gewähren. In diesem Schreiben wurde besonders auf die niedrig entlohnten Gruppen hingewiesen, die besonders einer Zulage bedürften. Die Aussprache, die dann mit dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes stattfand, endete damit, daß in diesem Sinne verfahren werden sollte. Es fanden dann auch der Reihe nach wieder Zulagen statt. Am 6. November erfolgte dann der folgende Anschlag: „Kriegsbeihilfe. Zur Erleichterung der Einkäufe für diesen Winter werden wir allen verheirateten Arbeitern, die spätestens am 1. Oktober dieses Jahres bei uns in Beschäftigung getreten sind, eine einmalige außerordentliche Kriegsbeihilfe nach folgenden Sätzen gewähren: 1. a) Arbeitern, die keine Familienunterstützung bezogen haben: ohne Kinder 24 ℳ, mit 1 oder 2 Kindern 40 ℳ, mit 3 oder 4 Kindern 50 ℳ, mit mehr als 4 Kindern 60 ℳ; b) Arbeiterinnen: ohne Kinder 16 ℳ, mit 1 oder 2 Kindern 30 ℳ, mit 3 oder 4 Kindern 40 ℳ, mit mehr als 4 Kindern 50 ℳ; c) Arbeitern, die Familienunterstützung bezogen haben: 14 ℳ. 2. Für die Berechnung kommen hinsichtlich der Zahl der Kinder nur diejenigen im elterlichen Haushalt befindlichen Kinder in Betracht, die am 31. Dezember 1915 noch nicht 15 Jahre alt sind. 3. Mit der unter 1. erwähnten Familienunterstützung ist die Unterstützung von täglich 2 ℳ gemeint, welche diejenigen Arbeiter erhalten, die einen doppelten Haushalt führen und vom Militär zur Dienstleistung uns überwiesen sind. 4. Die Auszahlung findet statt je zur Hälfte bei den Lohnzahlungen am 13. November und am 18. Dezember 1915. 5. Die Erhebungen, welche gegenwärtig mittels Personalzettel von der Militärstelle vorgenommen werden und genaue Angaben hinsichtlich der Zahl und des Alters der Kinder enthalten, werden die Grundlage für die Auszahlung der Kriegsbeihilfe bilden. Die Zettel sind daher sorgfältig auszufüllen. Es werden Stichproben zum Zwecke der Nachuntersuchung der Richtigkeit der Angaben gemacht werden, und wir verweisen darauf, daß unrichtige Angaben die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung nach sich ziehen. Bremen, den 6. November 1915. Aktiengesellschaft „Weser". gez.: v. Ahlefeld Dr. Tetens. Keussel. Wendenburg." — Wir erkennen jede Zulage, die den Arbeitern zuteil wird, in dieser teuren Zeit gerne an, wir bedauern nur, daß die ledigen Arbeiter ausgeschaltet worden sind, da auch sie in Bremen unter der Teuerung sehr zu leiden haben. Die Kollegen mögen aber daraus ersehen, daß auch in dieser Zeit die Organisation auf dem Posten ist und versucht, Lohn- und Teuerungszulagen herauszuholen. Hoffentlich tun auch unsere Kollegen gegen die Organisation nach wie vor ihre Pflicht.

Rundschau

Die Arbeitgeber-Zeitung und der Burgfriede.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung hatte in ihrer Nr. 44 einer Zuschrift Raum gegeben, die gegenüber den Leistungen der Gewerkschaften während der Kriegszeit die Unterstützungssumme hervorhob, die die Mitglieder des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins ausgegeben haben. Darauf antwortete das Korrespondenzblatt der Generalkommission in seiner Nr. 45 mit einer Richtigstellung, von der man selbst mit dem übelsten Willen nichts anderes sagen kann, als daß sie sachlich und ruhig gehalten ist. Darauf antworteten die Schriftgelehrten der Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 46) in einer Art und Weise, die deutlich zeigt, daß die Kriegszeit an diesen Herren spurlos vorübergegangen ist. „Sophistische Silbenstecherei", „Spiel mit Worten", das ist der Ton, auf die das Blatt seine Erwiderung gestimmt hat. Um nachzuweisen, wer es ist, der in diesem Falle Silbenstecherei und Spiel mit Worten treibt, brauchen wir hier nicht Raum zu verschwenden, denn es ist jedem, der Gelegenheit zum Vergleich hat, ohne weiteres möglich, selber zu entscheiden. —

Ein zweiter Fall. In Nr. 40 der Arbeitgeber-Zeitung hatte der bekannte Dr. Felix Kuh seiner arbeiterfeindlichen Gesinnung in der Weise Luft gemacht, daß er meinte:

„Die sozialistische Behauptung nämlich, daß die Frau, wenn sie für eine bestimmte Leistung nicht den gleichen Lohn bezieht wie der Mann, zu geringen Lohn erhält, wird in den allermeisten Fällen dahin umzudeuten sein, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel erhält, wenn seine Arbeitskraft mit der betreffenden leichten Handhabung ausgefüllt wird."

Gegen diese Bemerkung wandten sich viele Arbeiterblätter. Auch Der Bund, das Wochenblatt der Werkvereine Berliner Richtung, sah sich veranlaßt, dagegen Stellung zu nehmen. Ueber dieses Blatt gießt die Arbeitgeber-Zeitung in ihrer Nr. 46 einen vollen Kübel Scharfmachergalle aus. Sie bezeichnet den „Werkvereinskritiker" als „guten Kenner und Schüler Bebels". Das wäre in unserer Stellung und in unseren Augen zwar keine Beleidigung, gegen das gelbe Blatt hat die Arbeitgeber-Zeitung diese Bezeichnung aber ohne Zweifel mit der Absicht der Beleidigung gewählt. Weiter wird dem Bund „böse Irreführung der Leser" und dergleichen vorgeworfen. Auch soll er einige Stellen zusammenhangslos herausgegriffen und andere Stellen, die für die ganze Beurteilung entscheidend seien, verschwiegen haben. Dieser Vorwurf wäre nur dann berechtigt, wenn im übrigen Teil der Ausführungen des Dr. Kuh die angegriffene Stelle mehr oder weniger entkräftet würde. Daß das nicht der Fall ist, davon können unsere Leser sich überzeugen, wenn sie in Nr. 46 der Metallarbeiter-Zeitung die Seite 194 nachschlagen. Im übrigen sucht die Arbeitgeber-Zeitung die Bemerkung des Dr. Kuh als harmlos hinzustellen. Sie kann aber trotz alledem nicht den Vorwurf entkräften, daß ihr Dr. Kuh die Ausdehnung der Frauenarbeit als Gelegenheit zur Lohndrückerei ansieht. Da helfen keine Ausreden. Für Dr. Kuh ist es ein unumstoßbares Dogma, daß Arbeit, die von Frauen geleistet werden kann, nur geringeren Lohn beanspruchen darf, als Arbeit, für die unbedingt Männer erforderlich sind. Ob von dieser Frauenarbeit ganze Familien leben müssen, oder ob der Verdienst der Arbeiterin nicht einmal ausreicht, diese allein zu ernähren, so daß die Eltern oder sonstige Verwandte, oder gar die Prostitution den fehlenden Lebensunterhalt ermöglichen müssen, das ist Herrn Dr. Kuh anscheinend schnuppe. Ihm ist die Hauptsache, daß ein Mann, der aus irgend einem Grunde gezwungen ist, die gleiche Arbeit zu verrichten, denselben Hungerlohn erhält. Wenn solche Ansichten sich in einem Unternehmerblatt breitmachen dürfen, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn unter der Arbeiterschaft die burgfriedliche Gesinnung in die Binsen geht.

Kriegsabschlüsse.

A.-E.-G. Bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft hatte sich die „Umformung", die Anpassung der Betriebe an die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse nach den wiederholten Mitteilungen der Gesellschaft schnell und vorzüglich vollzogen. Wie der Abschluß für das Kriegsjahr 1914/15 beweist, geschah das unter sehr ertragreichen Bedingungen.

Nach Abzug von Unkosten, Steuern, Obligationszinsen und der Abschreibungen wird ein Reingewinn von 21 298 115 ℳ (im Vorjahr 18 892 641 ℳ) ausgewiesen. Der auf den 10. Dezember einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 11 Prozent (im Vorjahr 10 Prozent) auf die unverändert 155 Millionen Mark Aktien vorgeschlagen werden. Die Eintragung der Kapitalserhöhung um 29 Millionen Mark in das Handelsregister ist erfolgt. Die Kriegsunterstützung der Familien der Einberufenen belief sich bei der A.-E.-G. nach weiteren Mitteilungen für das erste Jahr auf 4 612 414 ℳ, die aus dem Betriebe gedeckt sind. Die Werkstätten waren mit Friedensarbeit zureichend beschäftigt und standen in weitem Umfang der Landesverteidigung zur Verfügung. Das Bankguthaben beträgt 103,3 Millionen Mark. Der Buchwert einer Reihe von Industriebeteiligungen ist durch Absetzung von rund 2 Millionen Mark auf den Nennwert gebracht. Diese Absetzung ist natürlich nur ein kleiner Teil der Rückstellungen. Es werden für 1914/15 wie schon für 1913/14 bedeutende stille Rückstellungen und Abschreibungen gemacht worden sein.

Einigen Anhalt für den Umfang der stillen Reserven im Jahre 1913/14 gibt ein Vergleich des Reingewinnes dieses Jahres mit dem des Vorjahres, der Unterschied dürfte ungefähr die Höhe der stillen Reserve darstellen. In den vergangenen letzten 6 Jahren bieten die Gewinnzahlen folgendes Bild:

Jahr	Reingewinn nach Abzug aller Abschreibungen		Dividendenberechtigtes Aktienkapital	Dividende
	in 1000 ℳ			
	ohne Vortrag	mit Vortrag		Prozent
1914/15	20570	21298	155000	11
1913/14	18163	18893	155000	10
1912/13	28168	28904	155000	14
1911/12	23744	24387	130000	14
1910/11	21716	22141	115000	14
1909/10	18058	18425	100000	14

Was die Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung für „keine Nachtarbeit" hält.

Zu unseren Ausführungen über Nachtbackverbot und Mittelstandsretterei in Nr. 46 bemerkt das Verbandsblatt des Bäckerverbandes in seiner Nr. 46, nachdem es sie abgedruckt hat, folgendes:

„Dem Organ der Metallarbeiter ausführlich auseinanderzusetzen, daß unsere Organisation (und mit letzterer geht bekanntlich die übrige gesamte Arbeiterpresse, soweit sie sich bisher zu der Frage äußerte sowie auch die Generalkommission denselben Weg) nicht den schweren Vorwurf der ‚Mittelstandsretterei' verdient, sondern sich einzig und allein von den Interessen der Arbeiterschaft in den Bäckereien leiten läßt, würde notwendig machen, daß wir noch einmal die gesamte Materie aufrollten. Das ist nicht angängig. Wir wollen das Blatt nur darauf aufmerksam machen, daß ein dauerndes Nachtbackverbot für die ganze Bäckerei fraglich wird, sobald den Großbetrieben gestattet würde, wieder dreischichtig arbeiten zu dürfen. Das scheint man dort in der Redaktion nicht beachtet zu haben. Wenn das Blatt aber seinen Mitarbeiter sagen läßt — wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir ihn in der Leitung des Württembergischen Genossenschaftsblattes suchen? —: ‚Da fällt uns ein, daß im Jahre 1897 jemand (Bebel) einmal gesagt hat, ohne Profit raucht kein Schornstein,' so wollen wir ihm den Nachweis bringen, daß der Schornstein auch bei dem zweischichtigen Großbetrieb — ohne Nachtarbeit — recht kräftig raucht. Vielleicht kommt es dann zu einer anderen Stellungnahme. Man hätte schließlich ohne den Umweg über Hamburg sich recht leicht diese Einsicht verschaffen können. In Stuttgart, dort, wo die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung ihren Sitz hat, ist ein ansehnlicher Großbetrieb, der in Friedenszeiten 50 Bäcker beschäftigt. Und dieser Betrieb hat sich schon von je auf den Standpunkt gestellt, daß Nachtarbeit nicht notwendig ist, hat nur in zwei Schichten arbeiten lassen, und der Schornstein hat geraucht, daß es eine Freude ist. Es ist die dortige — Konsumbäckerei! Dort ist absolute Nachtruhe von acht Stunden. Jede Schicht arbeitet allerdings neun Stunden, die neunte sind die Bäcker aber nur mit Expeditionsarbeiten beschäftigt. Man hat also noch nicht einmal nötig gehabt, während der Nachtruhe die ‚Vorarbeiten' zu verrichten, auf die jetzt von den Genossenschaftsvertretern mit einem Male ein so großer Wert gelegt wird. Der Umsatz dieses Betriebes betrug 1913 1 597 104 ℳ, die Produktion des Frühstücksgebäcks war um 50 000 ℳ gestiegen, und im Bericht heißt es: ‚Das Backergebnis kann als sehr gut bezeichnet werden.'

Kennt die Metallarbeiter-Zeitung diesen Betrieb gar nicht? Sie sollte sich einmal dort die Verhältnisse ansehen! Vielleicht beschuldigt sie dann nicht ohne weiteres mit leichtem Handgelenk eine andere Arbeiterorganisation der ‚Mittelstandsretterei'."

Der Zweck unserer Ausführungen war, zu zeigen, daß wir den Bäckern die Beseitigung der fortwährenden Nachtarbeit gönnen (das sagten wir wörtlich), daß die Arbeiterschaft sich damit abfinden muß, wenn durch Beseitigung jeder Nachtarbeit das Brot verteuert wird (auch das sagten wir wörtlich) und ferner, daß es bedenklich ist, ebenso wie in politischen Dingen, auch in gewerkschaftlichen Angelegenheiten schablonenmäßig zu urteilen. Dies letzte sagten wir zwar nicht wörtlich, aber wer unsere Ausführungen in Nr. 46 mit etwas Verständnis liest, muß doch auf diesen Gedanken kommen. Von der Bäcker- und Konditorenzeitung kann man solche Anstrengungen aber, wie es scheint, nicht verlangen. Die bringt ja sogar das Kunststück fertig, zu behaupten, wir unterstellten ihrem Verband, er betreibe mit Absicht Mittelstandsretterei. Wo haben wir auch nur ein Wort davon geschrieben? Daß aber der Bäckerverband sich vor den Karren der Mittelstandsretter hat spannen lassen, das wird er niemals bestreiten können und er hat damit ein Beispiel gegeben, das in der Arbeiterbewegung übel nachwirken kann. Das ist unser größtes Bedenken bei der Sache und die Bäcker werden uns schon erlauben müssen, daß wir unsere Ansicht vertreten und gelegentlich wieder daran erinnern.

Wir erlauben uns ferner, der Meinung zu sein, daß bei allseitigem gutem Willen das Gesetz schon so auszugestalten möglich wäre, daß auch ein ununterbrochener Betrieb in mehreren verhältnismäßig kurzen Schichten geführt werden kann. Da aber dieser gute Wille nicht allenthalben vorhanden zu sein scheint, so rieten wir, damit für die Bäcker nur etwas erreicht werde, der übrigen Arbeiterschaft, die unangenehme Folge auf sich zu nehmen. Und darum Räuber und Mörder.

Zum zweitenmal verhauen hat das Bäckerblatt sich mit seiner Vermutung, der Verfasser unserer Ausführungen sei in der Leitung des Württembergischen Genossenschaftsblattes zu suchen.

Diese verschiedenen Irrtümer und falschen Darstellungen braucht man der Bäckerzeitung indessen nicht sonderlich übel zu nehmen. Unangenehmer für sie ist jedoch der ihren Bemerkungen als besonderer „Trumpf" angehängte Hinweis auf die Arbeitszeit in der Bäckerei des Stuttgarter Spar- und Konsumvereins. Davon ist richtig, daß auch vor dem Kriege diese Bäckerei nur in zwei Schichten arbeitete, das ist aber auch alles. Die eine Schicht arbeitete von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags und die andere von **10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. Das soll nach der Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung keine Nachtarbeit gewesen sein.** Als dann das Nachtbackverbot in Kraft trat, konnte der Konsumverein nicht mehr so viel Brot liefern wie früher. Wenn das Brot ausgefahren wurde, so stürmten die Mitglieder die Läden und viele mußten unbefriedigt abziehen, bei den Bäckermeistern schlechteres und teureres Brot kaufen und sich obendrein schnippisch behandeln lassen. Die Folge waren so viele Beschwerden beim Vorstand, daß dieser sie nicht mehr einzeln beantworten konnte und in den Stuttgarter Zeitungen Anzeigen veröffentlichen mußte, worin er auf das Nachtbackverbot hinwies. Welche Wirkung das Nachtbackverbot hat, kann sich natürlich erst im Geschäftsbericht für 1915 zeigen, da es bekanntlich erst im Januar 1915 erlassen wurde. Die Schriftleitung des Bäckerblattes hätte also besser getan, die Bäckerei des Stuttgarter Konsumvereins aus dem Spiele zu lassen.

Die Volksfürsorge als gemeinnützig anerkannt.

Der Vorstand der Volksfürsorge hat alsbald nach Eröffnung des Betriebes der Gesellschaft, am 21. August 1913, auf dem vorgeschriebenen Wege über die Direktivbehörde in Hamburg an den Bundesrat den Antrag gestellt:

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, von der Entrichtung des Aktienstempels befreien zu wollen.

Nach der Nummer 1a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 sind von inländischen Aktien 3 vom Hundert des eingezahlten Aktienkapitals zu entrichten. (In dem abgeänderten Reichsstempelgesetz vom 3. Juli 1913 ist dieser Satz auf 4½ vom Hundert erhöht worden.) Von dieser Abgabe sind nach dem Gesetz vom Jahre 1909 befreit:

Inländische Aktien, sofern sie von Aktiengesellschaften ausgegeben werden, welche nach der Entscheidung des Bundesrats ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, den zur Verteilung gelangenden Reingewinn satzungsgemäß auf eine höchstens vierprozentige Verzinsung der Kapitaleinlagen beschränken, auch bei Auslosungen oder für den Fall der Auflösung nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichern und bei der Auflösung den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens für gemeinnützige Zwecke bestimmen. Die von solchen Aktiengesellschaften beabsichtigten Veranstaltungen müssen auch für die minderbegüterten Volksklassen bestimmt sein.

Alle hier geforderten Voraussetzungen sind im Gesellschaftsvertrag durch die Verwaltung der Volksfürsorge erfüllt und nun vom Bundesrat auch als vorliegend anerkannt worden. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 26. August 1915 beschlossen, dem Antrage des Vorstands zu entsprechen, nachdem die Voraussetzungen für die Bedingungen der Befreiungsvorschrift zu 1a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 gegeben sind.

Diesem Bescheid folgend, hat die Hamburger Direktivbehörde die Stempelfreiheit vollzogen. Der Wert dieser Entscheidung liegt nicht so sehr in der zum Wohle der Versicherten hocherfreulichen geldlichen Wirkung, als in der behördlichen Anerkennung, daß die Volksfürsorge, dem absichtlichen Willen ihrer Gründer entsprechend, ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dient und, wie es in dem abgeänderten Gesetz vom 3. Juli 1913 formuliert ist, „wesentlich der Förderung der minderbemittelten Volksklassen dient".

Die Auszahlungen der Volksfürsorge für Sterbefälle nach einjährigem Bestand der Versicherungen betrugen in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. November 1915 für 12 Todesfälle 3434 ℳ, wofür 540 ℳ als Prämien eingezahlt waren.

Unverständlich harte Strafen.

Unter dieser Spitzmarke berichtet die Münchener Post, Nr. 268 vom 17. November, folgendes:

Die Dreher Bernhard D., Joseph G. und Johann P. waren bis zum November 1914 in den Metallwerken Göggl & Sohn als Eisendreher bei militärischen Lieferungen beschäftigt. Die Firma, die aus diesen Militäraufträgen zweifellos keine kleinen Gewinne machte, bezahlte die Arbeiter im Stücklohn. Als sie die Erfahrung machte, daß einzelne Arbeiter eine größere Zahl von fertigen Stücken lieferten als andere, wurden vereinzelt die Akkordsätze herabgesetzt. Aus der Befürchtung heraus, es möchten weitere Lohnreduzierungen erfolgen, wandten sich die drei Dreher D., G. und P. an einzelne Kollegen, um zu erreichen, daß diese nicht mehr Stücke fertigstellten als sie selbst. Nach der Anklage, die gegen die drei Dreher erhoben wurde, sollen sie einzelnen Arbeitskollegen mit Schlägen gedroht haben, wenn sie weiterhin mehr Stücke herstellen würden als sie. Auf erfolgte Anzeige wurde gegen D., G. und P. wegen Nötigung verhandelt. Ein Zeuge, der angeblich von den Angeklagten bedroht worden sein soll, erklärte unter Eid, er habe die Worte der Angeklagten nicht für Drohungen, sondern für Sprüche gehalten, wie sie unter Arbeitern wohl einmal gebraucht werden. Zwei andere Zeugen dagegen wollten die Aeußerungen für bare Münze genommen haben. Das Schöffengericht verurteilte auf Grund dieses Sachverhalts die Angeklagten wegen Nötigung und Nötigungsversuchs zu den unerhört hohen Strafen von 1 Monat, 3 Wochen und 14 Tagen Gefängnis.

Noch eine zusammengebrochene Internationale.

Am meisten freuen sich über die augenblicklich wirkungsunfähige Internationale der Arbeiterbewegung die führenden gelben Werkvereinsblätter. Wir können das diesen nachfühlen, aber ob ihre Freude von langer Dauer sein wird, hängt nicht von ihnen, sondern von der Länge des Krieges ab. Ist dieser vorüber, dann wird die proletarische Internationale wieder aufleben, genau so, wie sich die katholische Weltkirche von den durch den Krieg verursachten internationalen Erschütterungen erholen wird. Die Wurzeln der proletarischen Internationale sind wirtschaftliche und weltpolitische Notwendigkeiten; wenn die Gelben diese Tatsache nicht anerkennen wollen, so ist das ihre Sache. Gut ist, daß sie nicht die Bedeutung haben, um die Weltgeschichte in ihrem Gang stören zu können. Aber, so fragen wir, haben die Gelben denn nur Veranlassung, sich über den Zusammenbruch der Internationale des Klassenkampfes aufzuhalten, oder sind durch den Krieg nicht auch in ihren eigenen Reihen vorhandene oder angebahnte internationale Beziehungen zerstört oder gar vernichtet worden? Wir wollen sehen.

Die Gelben nennen ihre Organisation mit Vorliebe „nationale Werkvereine"; am Kopfe des leitenden gelben Essener Blattes steht als Merk- und Geleitspruch folgender Satz: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an." Dennoch haben sie sich in ihrer Tätigkeit auf Deutschland nicht allein beschränkt, sondern ihr Wirkungsfeld auch außerhalb unserer nationalen Grenzen ausgedehnt. Mehr noch, die französischen, im Jahre 1899 von den schlimmsten Deutschenfressern ins Leben gerufenen und geförderten Werkvereine sind die Vorläufer und Vorbilder der deutschen gelben Organisationen. Wer in Frankreich auf den Revanchekrieg mit Deutschland hinarbeitete, beschützte und unterstützte die gelben Vereine. Als bei einem Streik der französischen Bergarbeiter im Jahre 1901 die gelben Streikbrecher die Mildtätigkeit der Oeffentlichkeit in Anspruch nahmen, erklärten sie: „Streiks stellen nur Probemobilmachungen für Generalstreiks dar. Dieser wird dann in der Stunde ausbrechen, die unser Erbfeind (Deutschland) festgesetzt hat für den Untergang der nationalen Arbeit, für den Untergang Frankreichs durch Besetzung unseres Landes." Wir sehen, wie diese gelben Streikbrecher Gelder zu ergattern versuchten unter Hinweis auf die tollste chauvinistische Hetze. Das hat nicht verhindert, daß 1907 der bekannte deutsche Gelbenführer Rudolf Lebius an dem gelben Nationalkongreß in Paris als Gast teilnahm und sich selbstverständlich auch als solchen feiern ließ. Sechs Monate später, am 12. Oktober, machte der berüchtigte und übelbeleumundete französische Gelbenführer Biétry in Begleitung des Schweizer Gelbenführers Herrn v. Veldegg den deutschen gelben Werkvereinen seinen Gegenbesuch. Für eine so junge und schwache Bewegung waren das schon recht nennenswerte internationale Beziehungen. Herr v. Veldegg, ein Elsässer, hatte 1906 gleichfalls nach Muster der französischen gelbe Vereine in der Schweiz gegründet. Er gab eine Zeitung gleichzeitig in französischer und deutscher Sprache heraus; als das deutsche Blatt in

der Schweiz in Geldschwierigkeiten geriet, rettete er sich nach Stuttgart, um hier mit dem Blatte sein Glück zu versuchen. Ohne Erfolg. Das Blatt ging bald ein. Im Jahre 1912 erschien dann in Zürich die erste Nummer der gelben Freien Arbeiter-Zeitung, die von dem Schweizer Millionär und Fabrikanten Sulzer-Ziegler ausgehalten und von dem Ungar F. Szell-Fröhlich geleitet wurde. Später löste den Ungar ein Tscheche namens Pechota ab, der auch fleißig für deutsche gelbe Organe geschrieben hat! Als Szell aus der gelben Bewegung trat und in einer Druckschrift die unerhörte Wirtschaft in den Schweizer gelben Vereinen schilderte, nannte er bei dieser Gelegenheit den Pechota einen moralisch verkommenen Menschen, einen Betrüger, Einbrecher, Frauen- und Mädchenverführer, Schuldenmacher usw., ohne die Stellung dieses Menschen und seinen Ruf als Mitarbeiter deutscher gelber Zeitungen erschüttern zu können.

Haben wir die deutsch-französische, schweizer-ungarisch-tschechische Verbrüderung der Gelben schon jetzt klar vor Augen, so müssen wir auch daran erinnern, daß Herr Biétry bei seinem Aufenthalt in Deutschland in Versammlungen, so in Augsburg, auf die Pflege der internationalen Beziehungen der Gelben hinwies. Um nach dieser Richtung hin weitere merkbare Fortschritte zu erzielen, befaßte sich Biétry — wie Dr. K. Faßmann in seinem Buche Gelbe Gewerkschaften in Frankreich zu erzählen weiß — einige Zeit hindurch mit russischen Verhältnissen und suchte Verbindung mit dem „Verband wahrhaft russischer Leute“ zu bekommen. Diesen Verband bilden bekanntlich die Pogromisten in Rußland. Man hat also bei den Gelben bei der Pflege internationaler Beziehungen, wie die von uns angedeuteten Beispiele zeigen, durchaus nicht auf den Wert der Anhängerschaft gesehen. Den Gelben war jeder willkommen.

Der Krieg, der große Zerstörer, hat, wie mit vielem andern, so auch mit den Anfängen einer gelben Internationale aufgeräumt. Es ist sonderbar, daß das die gelben Blätter bei ihrem Eifer, sich über den „Zusammenbruch der sozialdemokratischen Internationale“ lustig zu machen, übersehen haben. Vielleicht schweigen sie auch, weil mit der gelben internationalen Verbrüderung kein Staat zu machen war.

Vom Ausland

Frankreich.

Der Metallarbeiterverband zur Kriegszeit — Organisierung der belgischen Flüchtlinge. So karg auch jetzt die Nachrichten von der französischen Arbeiterbewegung sind, eins lassen sie klar erkennen, daß es um die Metallarbeiterorganisation schlecht bestellt ist, vielleicht schlechter als um die in irgend einem andern kriegführenden Lande. Das ist um so mehr zu beklagen, als sich ihre Leitung im Gegensatz zum führenden Teil der sozialistischen Partei fern vom mo..spatriotischen Treibsand gehalten hat. Das mögen wir wenig nennen, ist aber dennoch beachtenswert in Anbetracht der scheußlichen Verirrung der sozialistischen Geister der Republik. Vor dem Kriegsungewitter hat sich die Metallarbeiterorganisation verflüchtigt; der revolutionäre Geist des Syndikalismus hat sich als ein schlechterer Kitt erwiesen als der „reformistische“ der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vor der allgemeinen Not hat die syndikalistisch-revolutionäre Überzeugung nicht standgehalten, bleierne Gleichgültigkeit ist eingerissen, der Mahnruf an das Pflichtgefühl findet nur äußerst schwaches Echo, zum Teil wohl deshalb, weil er nicht mit dem Hinweis auf Hilfe durch die Organisation, sondern nur mit Worten gemacht werden kann. Der Verbandsvorstand bemüht sich eifrig, die zersprengten Teile wieder zu sammeln. Wenn er hierin geringen Erfolg zu verzeichnen hat, so ist das bis zu einem gewissen Grade mit der Zerfahrenheit der staatlichen Bureaukratie zu erklären. Sie schiebt die Munitionsarbeiter ohne Rücksicht auf ihre Herkunft oder Heimat von Ort zu Ort. Die Organisierten der besetzten Gebiete sind über das ganze Land verteilt worden; die der unbesetzten sind in weit von ihrer Heimat gelegene Arsenale und Privatbetriebe beordert worden; die geflüchteten belgischen Arbeiter sind in alle Richtungen Frankreichs geschickt. In der neuen, fremden Umgebung wird die Organisation schnell vergessen, was um so eher geschieht, als sie an sie nicht durch genügende greifbare Vorteile gebunden sind.

Daß das Unternehmertum diesen Zustand rücksichtslos ausbeutet, wird niemand wundernehmen. „Es zeigt sich in dieser Stunde, wo es unbeschränkter Herrscher ist und von der öffentlichen Gewalt beschützt wird, in seiner wahren Gestalt als richtiger Ausbeuter; durch seine Machenschaften und Mißbräuche wird uns eingebleut, daß die gewerkschaftliche Betätigung nach diesem schrecklichen Streit noch notwendiger sein wird als vorher. Angesichts dessen ist es strengste Pflicht aller, denen es möglich ist, die Organisation zu erhalten, indem sie vereinigt bleiben.“ Noch mehr als aus dieser „dringenden Aufforderung“ geht aus dem andern Teil des Rundschreibens des Verbandsvorstandes, das am 19. Oktober veröffentlicht wurde, die klägliche Beschaffenheit der Organisation hervor. Viele Kameraden hätten, obwohl sie von ihrer Heimat entfernt beschäftigt seien, sich ihrer Verbindungen mit der Organisation erinnert, „wie beispielsweise in Bourges, wo sie sich in einer Gruppe vereinigt haben und die Beiträge im ganzen jeden Monat ihrer Organisation zuschicken; andere senden sie einzeln jeden Monat oder jedes Vierteljahr ein.“ Wenn der Vorstand die Einsendung von Beiträgen einer oder ein paar Gruppen als „einen Beweis der Anhänglichkeit an die Organisation“ glaubt besonders hervorheben zu müssen, so läßt dies einen betrübenden Stand der Dinge erraten.

Eine ziemliche Schwerfälligkeit oder noch wahrscheinlicher eine vollständige Zerrüttung des organisatorischen Rahmens lassen die folgenden Sätze aus dem Rundschreiben ahnen: „Den Kollegen aus den besetzten Gebieten hat der Vorstand gestattet und sie ermutigt, sich unter sich zu organisieren. Da, wo es möglich ist, soll eine Gruppe gegründet werden, die alle die in einem Ort oder Unternehmen vorhandenen Vertriebenen eines Gebietes umfaßt . . . In Paris sind eine Gruppe für Metallarbeiter und eine für Eisenformer geschaffen, und die Kollegen aus den besetzten Gebieten sind verpflichtet, sich ihnen anzuschließen.“

Die Organisierung der belgischen Metallarbeiter scheint besondere Schwierigkeiten zu machen. Immerhin muß gesagt werden, daß die geflüchteten Belgier von ihren französischen Klassengenossen viel freundlicher, brüderlicher aufgenommen werden, als von den „Preisfechtern des Proletariats“, den englischen Tradeunionisten, von denen ihnen eine Behandlung zuteil wird, die zwischen herablassender Gönnerschaft und kühler Abweisung schwankt. Es braucht keine Prophetengabe dazu, sondern nur einige Kenntnis der englischen Gewerkschaften, um vorauszusagen, daß die nach England geflüchteten belgischen Arbeiter Erfahrungen mit heimbringen werden, die mit Solidarität und Hilfsbereitschaft nicht zu verbinden sind. Da die in Frankreich beschäftigten belgischen Metallarbeiter im großen ganzen keinen Eifer für den Eintritt in die Organisation gezeigt haben, hat der Vorstand des französischen und der des belgischen Metallarbeiterverbandes, welch letzterer jetzt seinen Sitz in London hat, einen Plan ausgearbeitet für die Gewinnung der Unorganisierten. Er besteht in der Hauptsache in folgendem: „Ein Vertreter der Zentrale der belgischen Metallarbeiter, die an den Internationalen Metallarbeiter-Bund angeschlossen ist, wird in dem Bureau des französischen Verbandes zu Paris plaziert. Er organisiert in freier Weise alle in Frankreich tätigen belgischen Arbeiter auf der gewerkschaftlichen Grundlage, wie sie vor dem Kriege in Belgien in Geltung war. Die von ihm gebildeten Gruppen haben frei über ihre Beiträge zu verfügen und vollständige Selbständigkeit in der Verwaltung der von ihnen geschaffenen gegenseitigen Unterstützungseinrichtungen. In allen Fragen, die die Verteidigung der Löhne oder allgemeine Arbeitsbedingungen betreffen, handeln der belgische Vertreter und diese Organisationen auf jeden Fall in Übereinstimmung mit dem Vorstand des französischen Verbandes.“

Von dem in London sitzenden Vorstand des belgischen Verbandes wurde Kollege Gaspar für die Organisation der belgischen Gruppen bestimmt. Er ist schon seit Mitte Oktober in Frankreich. Seine Tätigkeit wie der Ausnahmezustand der zwiefachen Organisation endet mit dem Kriege. Wohltuend an der Bekanntmachung ist neben dem bereitwilligen Entgegenkommen des französischen Verbandes, der belgischen Bruderorganisation zu helfen, die Betonung, daß die Zentrale an den Internationalen Metallarbeiter-Bund angeschlossen ist. Durch diese ausdrückliche Hervorhebung gibt der belgische Verband zu erkennen, daß er trotz Krieg und alledem auf die Erhaltung seines alten Verhältnisses zu unserer Internationale Wert legt. F. K.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Über die Stellung der Metallarbeiter zum internationalen Bund bringt Nr. 10 der Internationalen Metallarbeiter-Rundschau Ausführungen, die weitere Verbreitung verdienen. Danach sind in den Vereinigten Staaten zurzeit etwa 23 Metallarbeiterverbände mit ungefähr 350 000 Mitgliedern vorhanden. Jahrelang war nur die kleine Brotherhood of Metal Workers dem Bunde angeschlossen. Vor einigen Monaten kam der Verband der Maschinenbauer (International Association of Machinists) mit 75 000 Mitgliedern. Mit Recht ist der Anschluß gerade in dieser Zeit als eine Bürgschaft dafür bezeichnet worden, daß der Internationale Metallarbeiter-Bund fest gefügt sei. Derselben Meinung ist auch der Präsident Wm. H. Johnston von der genannten amerikanischen Gewerkschaft. Im Juliheft der Verbandszeitschrift teilt er den Mitgliedern den Anschluß mit und gibt ihnen Nachrichten über Zweck und Entwicklung des Bundes.

*

Henry Ford und seine Arbeiterfreundlichkeit. Darüber weiß die in Cincinnati erscheinende Brauereiarbeiter-Zeitung (Nr. 42 vom 16. Oktober) folgendes zu berichten:

Das System Ford. Als vor etwa zwei Jahren die gesamte bürgerliche Presse ein Lobgeschrei anstimmte über die Arbeiterfreundlichkeit Henry Fords, anläßlich seiner Verkündigung, daß in Zukunft jeder Arbeiter in seiner Fabrik nicht weniger als 5 Dollar den Tag erhalten solle, da war es die Arbeiterpresse, die der Sache skeptisch gegenüberstand und deswegen oft sogar von Arbeitern angegriffen wurde. (Das stimmt nicht so allgemein, denn auch amerikanische Arbeiterblätter haben sich anfänglich Sand in die Augen streuen lassen. Metallarbeiter-Zeitung.) Die Zeit hat gezeigt, wer im Recht war, und jetzt sind wir (so schreibt die Chicagoer Arbeiter-Zeitung) imstande, das Märchen von den 5 Dollar den Tag gründlich zu widerlegen.

Von 28 000 000 Dollar Reingewinn in dem Jahre, in dem das 10 000 000 Dollar „Geschenk“ an die Arbeiter abgegeben und das System des 5 Dollar-Tagelohnbonus eingeführt wurde, ist im folgenden Jahre ein Reingewinn von 48 000 000 Dollar geworden. Und dies kam bei fast gleich gebliebener Größe der Betriebsanlagen, ohne daß neues Kapital investiert worden ist. Allein die Arbeiter haben mit ihren Mehrleistungen den neuen Riesengewinn möglich gemacht. Um dies zu erreichen, wurde in Verbindung mit dem 5 Dollar-Taglohnbonus ein unerhörtes System der Arbeiterausbeutung eingeführt. Alle Angestellten werden in sechs Klassen eingeteilt und jede dieser Klassen hat drei große Unterabteilungen. Die Klassen zerfallen in 1. Mechaniker und Vorarbeiter; 2. gelernte Handwerker; 3. Handwerker; 4. Gehilfen; 5. Arbeiter; 6. Frauen, Boten usw. Die drei Unterabteilungen bestehen aus 1. erstklassigen Arbeitern; 2. Durchschnittsarbeitern; 3. Anfängern.

Sobald ein Mann gezeigt hat, daß er fähig ist, eine gewisse Arbeit in vorschriftsmäßiger Weise zu tun, wird er in eine andere Klasse oder Abteilung versetzt, bis er es womöglich zum „Spezialisten“ gebracht hat, der es ihm ermöglicht, die wertvollsten Dienste für die Gesellschaft zu leisten. Seine Bezahlung wird auch demgemäß erhöht. Nachdem er zwei Jahre im Dienste der Kompagnie war, erhält er einen sogenannten „Bonus“. Dieser Lohnzuschlag wird am Ende des Jahres gegeben. „Unzuverlässige“ Arbeiter, das heißt solche, die den Rekord nicht mitmachen können, werden sorgfältig ausgemerzt. Jedem Arbeiter wird stets vor Augen geführt, daß es allein an ihm liegt, seine Schaffenskraft und Verdienstfähigkeit zu erhöhen — zu seinem Nutzen und zum Nutzen der Gesellschaft.

So wurde es erreicht, die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft in einer Weise zu vervollkommnen, daß dies in einem Jahre 20 000 000 Dollar vermehrten Reingewinn brachte. Dies geschah ohne weitere Neuanlage von Betriebskapital. Henry Ford bekam den Ruf eines Wohltäters für seine Arbeiter. Die Arbeiter bekamen den Achtstundentag, das heißt sie durften nun auch nachts arbeiten. Eine ungeheure Reservearmee von Arbeitern stellte sich der Kompagnie zur Verfügung, aus Zehntausenden kann sie für jeden „unzuverlässigen“ Arbeiter ihre Auswahl treffen.

Und dann gibt es noch ein sehr wichtiges Departement der Ford-Verwaltung, das bisher nicht genügend beachtet wurde. Es ist dies das aus einem Direktor und 75 Untersuchungsgehilfen bestehende Ausweiskorps. Diesen Spähern liegt es ob, alle Einzelheiten über Personen, Lebensgewohnheiten usw. der Angestellten ausfindig zu machen. Es wird von dem Spitzel erwartet, zu berichten, wie der Ford-Arbeiter lebt, wie die Zustände in seinem Heim sind, wie er seine Abende zubringt, welchen Vergnügungen er nachgeht, wie viel Geld er spart, wie viel er, wenn er Ausländer ist, in die alte Heimat schickt, wie viel Personen von ihm abhängig sind und alle andere Informationen, die er erlangt, zu „höherer“ Kenntnis zu bringen.

Nur wer laut dieser weiteren Erhebungen in die „erste Klasse“ versetzt wird, hat Anteil an den Profitverteilungen. Alle anderen sind ausgeschlossen.

Auch sonst werden die Arbeiter in unerhörtester Weise behandelt. Dafür nur ein paar Beispiele: Ein Arbeiter, der schon vier Monate regelmäßig und pünktlich zur Arbeit kam, war eines Morgens eine Minute zu spät. Er wurde ins Bureau gerufen, verhört und zu drei Tagen Arbeitseinstellung verurteilt. Ein anderer Angestellter war vier Tage krank. Vorschriftsmäßig brachte er ein ärztliches Attest seiner Abwesenheit mit. Dies genügte den Beamten jedoch nicht. Der Genesene wurde an den Fabrikarzt geschickt, der ihn einer genauen Untersuchung von Kopf bis zu Fuß unterwarf und erst, als er sicher war, daß es mit der viertägigen Krankheit seine Richtigkeit hatte und der Mann wieder leistungsfähig war, stellte er dem Arbeiter ein schriftliches Zeugnis aus, kraft dessen er wieder angestellt wurde. Verhör und Untersuchung usw. nahmen beinahe drei Stunden in Anspruch; dieser Zeitverlust wurde dem Manne am Lohne abgezogen.

Ganz Amerika schlug Purzelbäume der Begeisterung für Henry Ford, als vor zwei Jahren die Meldung kam, Ford gebe jedem seiner Arbeiter die Möglichkeit, 5 Dollar den Tag zu verdienen. Es war die großartigste Zeitungsreklame, die jemals eine Firma für sich erreicht hat. Für die Arbeiter der Ford-Werke wurde das „Geschenk“ ein Danaergeschenk im vollsten Sinne des Wortes. Die Firma erreichte damit neue 20 000 000 Dollar Reingewinn und die Arbeiter haben Gelegenheit sich zu wundern, was sich ihresgleichen für einen in Aussicht gestellten guten Lohn gefallen lassen. Das große Wunder entpuppte sich — wie alles in Amerika — als ein großer Bluff.

*

Henry Ford und seine neuesten „Reformen“. Unter dieser Ueberschrift teilt der in San Franzisko erscheinende sozialdemokratische Vorwärts der Pacifickuste in seiner Nr. 25 vom 25. September folgendes mit:

Nachdem Henry Ford die Zustände in seinen Fabriken auf eine ideale Basis gebracht hat (seiner Ansicht nach) ist es ihm gelungen, ein neues Feld zu finden, auf dem er seine Reformtätigkeit ausüben kann. Den neuesten Nachrichten zufolge will Ford alle Sträflinge, die aus dem Staatsgefängnis von Michigan in Jackson entlassen werden, in seiner Fabrik beschäftigen. Er hat sich mit dem Superintendenten des Gefängnisses N. Harrei in Verbindung gesetzt, um Einzelheiten des Planes zu besprechen. Da unsere heutigen Zustände immer für Füllung der Gefängnisse sorgen, wird Ford genügend Arbeiter aus den Gefängnissen erhalten, um seine ganzen Betriebe damit aufrecht zu erhalten. Seit Henry Ford vor zwei Jahren seinen 5 Dollar-Tagelohnplan veröffentlichte, war der Andrang von Arbeitern zu seiner Fabrik ein ungeheurer und gar mancher, der von 5 Dollar den Tag träumte, mußte enttäuscht abziehen, denn Ford suchte nur die tauglichsten Arbeiter heraus. Durch seinen neuen Plan, alle entlassenen Gefangenen anzustellen, eröffnen sich aber ganz neue Perspektiven für alle diejenigen, die keine Arbeit finden konnten. Alles, was man in Zukunft nötig hat, um zu den Fleischtöpfen in Henry Fords Fabrik zu gelangen, ist, daß man ein paar Monate im Staatsgefängnis von Michigan zubringt, um die nötige Qualifikation für einen Ford-Arbeiter zu bekommen. Fords Absichten, wenn sie darauf hinausgehen, den entlassenen Sträflingen einen neuen „Start“ fürs Leben zu geben, in allen Ehren, nur können wir es uns nicht versagen, auf die Ironie unserer heutigen Gesellschaftsordnung hinzuweisen, die den gefallenen Menschen mit allen Mitteln unterstützt, während der ehrliche Arbeiter oftmals keine Gelegenheit findet, sein Brot durch seiner Hände Arbeit zu verdienen. Erst wenn er aus Not zum Verbrecher wird, dann gibt ihm der Staat für gewisse Zeit seinen Unterhalt, und Philanthropen wie Ford sorgen für sein weiteres Fortkommen. Würde man den Spieß umdrehen und allen Arbeitern eine Gelegenheit geben, sich ihr Brot auf ehrliche Art und Weise zu verdienen, dann würden die Gefängnisse bald überflüssig werden.

Eingegangene Druckschriften

Die Sozialistischen Monatshefte, Nr. 23 vom 16. November 1915, enthalten folgende Aufsätze: Theodor Leipart: Karl Legien und die Gewerkschaftsbewegung. Wolfgang Heine: Die deutschen Gewerkschaften. Dr. Hugo Heinemann: Die Kriegsarbeit der Generalkommission. Max Schippel: Kolonien, die nichts wert waren. Karl Severing: Die politische Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Edmund Fischer: Die geistige Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Paul Kampffmeyer: Die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften. — Rundschau. — Die vorliegende Nummer enthält auch ein gutes Bildnis Karl Legiens. — Die Sozialistischen Monatshefte erscheinen vierzehntäglich, Preis des Heftes 50 ₰. Zu beziehen durch deren Verlag, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 121, H.

Dokumente zum Weltkrieg 1914. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Soeben sind Heft 10: **Das italienische Grünbuch**, I. Teil, und Heft 11: **Das italienische Grünbuch**, II. Teil, erschienen. Preis je 50 ₰. — Die Hefte enthalten die Urkunden, welche die italienische Regierung über die dem Kriegsausbruch vorhergegangenen diplomatischen Verhandlungen mit den beteiligten Mächten veröffentlicht hat. Zur Beurteilung der Kriegsursachen ist die Kenntnis dieser Urkunden erforderlich.

Die gesetzliche Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Witwen und Waisen. Leipziger Buchdruckerei-A.-G., Abteilung Buchhandlung. 32 Seiten. Preis bei Bestellung von bis zu 100 Abdrücken 5 ₰, bei größeren Bestellungen Preisermäßigung. — Enthält zum Teil unrichtige Angaben. Wir können deswegen den Bezug nicht empfehlen.

Die Kältemaschine, ihre Entwicklung, Wirkung und Wartung von Wilhelm Hoffmann. Mit 81 Abbildungen. Verlag: Zentralverband der Maschinisten und Heizer (Fr. Scheffel), Berlin SO. 33, Skalitzer Straße 47—48. 142 Seiten. Preis 3 M. — Ein Handbuch über den Betrieb der Kältemaschine gab es unseres Wissens bis jetzt noch nicht. Der Verfasser des vorliegenden Buches ist Mitglied des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer und verfügt über fünfzehnjährige Erfahrungen auf diesem Gebiete und hat diese in einer Reihe von Aufsätzen veröffentlicht, die in der Fachzeitschrift des genannten Verbandes erschienen sind. In der Einleitung setzt der Verfasser sich mit einigen Tadlern auseinander, denen seine Ausführungen über die geschichtliche Entwicklung nicht ganz richtig erscheinen. Wenn das Buch weiter keine Fehler hat, so würde der eine Fehler seinen Wert im Betriebe sicher nicht beeinträchtigen. Die Hauptsache ist, daß der Verfasser die Wirkungsweise und die Behandlung der verschiedenen Arten von Kältemaschinen richtig darstellt und das scheint, soweit es uns als Nichtfachleuten zu beurteilen möglich ist, gelungen zu sein. Darum sind wir überzeugt, daß auch unseren Verbandskollegen, soweit sie auf dem erwähnten Gebiete arbeiten, das Buch gute Dienste leisten wird.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatsschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 21. Jahrgangs enthält: Verteilung der Stücklöhne für Militärschneideranfertigungen in Berlin nach den Vorschriften der preußischen Heeresverwaltung und dem Abkommen der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände des Schneidergewerbes. Von v. Estorff, Major beim Kriegsbekleidungsamt des Gardekorps Berlin. Der wieder aufgenommene Streit um § 63 Abs. 1 HGB. Von Kaufmannsbeisitzer Alfred Baum. Abänderungen des österreichischen Handlungsgehilfengesetzes. Von Richard Fraenkel, Sekretär des Vereins der Gewerberichter Österreichs. — Rechtsprechung: Deutsche Gewerbe- und Berufungsgerichte (Charlottenburg, Chemnitz, Dortmund). — Deutsche Kaufmanns- und Berufungsgerichte (Gemeinsames KG. Gera, Offenbach a. M.). — Andere deutsche Gerichte (AG. München). — Literatur: Die „Gemeinnützige Rechtsauskunft“, Zeitschrift des Verbandes der Deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftstellen. Pinzger, Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Flesch. Hiller, Luppe, Gewerbeordnung. — Verbandsnachrichten: Generalregister der Zeitschrift.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Mittwoch, 1. Dezember:

Nürnberg. (Graveure.) Verbandshaus der Metallarbeiter, 8 Uhr.

Freitag, 3. Dezember:

Karlsruhe (Blechner u. Installateure) Gambrinushalle, 6 Uhr.

Samstag, 4. Dezember:

Celle. Stellmann, Blumlage 7, 8 Uhr.

Köln a. Rhein (Elektromonteure). Jßere Döör, Kämmergasse 36, 9 Uhr.

Merseburg-Lützen. Bürgergarten, ½9.

Münster i. W. Brinkmann, Krummertimpen, halb 9 Uhr.

Sonntag, 5. Dezember:

Hannover (Elektrom.) Gewerksch., 10.

Rostock (Elektriker). Philharmonie, 10.

Samstag, 11. Dezember:

Dresden (Elektromont.). Volkshaus, kleiner Saal, halb 9 Uhr.

Vertrauensleutezusammenkünfte.

Gelsenkirchen. Donnerstag, 2. Dez., abds. 8 Uhr, Eckermann, Ottilienstr.

Arbeitsnachweise.

(Zu den nachstehend angeführten Orten ist für die genannten Berufe d. Umschauen verboten.)

Arnstadt i. Thür. (Former und Kernmacher.) Verbandsbureau.

Augsburg (Feilenarbeiter). Prinz Karl, Jakoberstraße, 12—1 Uhr.

Berlin (Feilenhauer). Albert Manns, N., Liebenwalderstr. 44, 1. Quergeb. 3.

Bielefeld, Brackwede und Schloß Holte (Feilenhauer). Verbandsbureau, Marktstr. 8.

Bochum. (Feilenarbeiter.) Verbandsbureau, Rottstr. 53. Verkehrslokal bei Jsing, Grabenstr. 6.

Braunschweig. (Former und Gießereiarbeiter.) Verbandsbureau, Schloßstr. 8, 1.

Cassel (Feilenarbeiter). Verbandsbureau, Gießbergstr. 36. Daselbst Lokalgeschenk.

Chemnitz und Hohenstein-Ernstthal. (Feilenarbeiter, Klempner u. Installateure). Verbandsbureau, Zwickauer Straße 152, 1.

Darmstadt (Alle Berufe). Bureau, Bismarckstr. 19, 1.

Dresden (Graveure u. Ziseleure). Verbandsbureau, Ritzenbergstr. 6, p. (Paritätisch.)

Erfurt (Feilenhauer). Bureau, Magdeburger Straße 51.

Gera. (Former u. Gießereiarbeiter.) Verbandsbureau, Steinweg 5.

Görlitz (Klempner u. Installateure).

Halle a. S. (Feilenarbeiter). Verbandsbureau, Harz 42/44.

Hamburg, Altona, Harburg. (Feilenarbeiter.) Verbandsbureau, Besenbinderhof 57. Daselbst Lokalgeschenk.

Hanau (Former und Gießereiarbeiter). Verbandsbureau 5 bis 6 Uhr. Daselbst auch Formergeschenk.

Köln, Mülheim a. Rh. u. Umg. (Feilenhauer). Köln, Severinstraße 197/199.

Leipzig (Feilenarbeiter). Verbandsbureau, Zeitzer Straße 32.

München (Feilenarbeiter). Thomas Wild, Schwarzenstr. 7/0. Mittags 12 bis 1, abends 6½ bis 7½.

Nürnberg (Graveure und Ziseleure). Verbandsbureau, Hintere Karthäusergasse 14. (Paritätisch.)

Pforzheim (Feilenhauer). Städtisches Arbeitsamt, Westliche Karl-Friedrich-Straße 86.

Roßlau (Feilenarbeiter). Verbandsbureau, Ziegelstraße 47, 1. Daselbst Lokalgeschenk.

Rostock. (Klempner.) Bureau Doberanerstraße 43, geöffnet 11 bis 12 Uhr mittags.

Saalfeld (Former). Verbandsbüro.

Salzungen. Verbandsbureau. Daselbst Formergeschenk.

Stuttgart u. Umg. (Feilenarbeit.) Städt. Arbeitsamt, Kanzleistr. 24.

Wolfenbüttel. (Former). Bureau. Fischerstraße 17, 1.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart. Rötestraße 16 B.